



**Bericht aus Berlin vom
17.02.2008**

Zeitarbeits-Branche befeuert Mindestlohn-Streit

Bundesarbeitsminister Scholz hat den Mindestlohn als koalitionsinternes Folterinstrument entdeckt und letzte Woche die Zeitarbeit als neue Branche für die Aufnahme ins Entsendegesetz vorgeschlagen. Dasselbe will Scholz im Übrigen so ändern, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften leichter als bisher branchenspezifische Mindestlöhne festsetzen können. Da Bundeskanzlerin Merkel die Rolle eines Folteropfers gar nicht liebt, ist das Bundeskanzleramt voll auf Konfrontationskurs gegangen.

Von Alex Jakubowski

Inszenierte Einigkeit: Gemeinsam für einen Mindestlohn. Ein seltenes Bild am Montag in Berlin. Der DGB, zwei Arbeitgeberverbände und der Arbeitsminister fordern mehr Lohn für gering qualifizierte Zeitarbeiter. "Wahlkampf" rufen Kritiker, immerhin wird in Hamburg kommende Woche gewählt und die SPD treibt ihr Lieblingsthema voran. Dabei geht es um Menschen wie Daniel Nickel. Der 28jährige Elektroinstallateur wird von einer Zeitarbeitsagentur vermittelt. Morgen kann er bei einem neuen Arbeitgeber anfangen. Ohne die Vermittlung stünde er wahrscheinlich auf der Straße. Denn:

Daniel Nickel, Zeitarbeitnehmer: "Im Endeffekt müsste ich dann zusehen, dass ich mich in einer regulären Firma bewerbe. Aber da sind die Einstellungschancen ja doch recht gering."

Als gelernter Facharbeiter verdient Daniel Nickel mehr als ein ungelernter Helfer in der niedrigsten Lohngruppe. Hier soll der Mindestlohn greifen, im Westen künftig 7,31 Euro, im Osten 6,36 Euro betragen. Doch dagegen wehrt sich ein dritter Arbeitgeberverband der Branche, fürchtet, dass durch höhere Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichtet werden. Denn AMP zahlt weniger: 7,00 Euro im Westen, 5,77 Euro im Osten. Weil für fast alle Arbeitnehmer der Branche Tarifverträge vorliegen, sieht der Verband außerdem einen Eingriff in die Tarifautonomie und Wettbewerbsverzerrung.

Thomas Hetz, Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister: "Wenn die Politik sich einmischt und Lohngrenzen vorgibt und einen der Partner, der Tarifpartner, praktisch öffentlich vorzieht dem anderen, ist damit eine Wettbewerbsverzerrung automatisch gegeben."

- [Bildunterschrift: Zeitarbeits-Branche befeuert Mindestlohn-Streit \[Alex Jakubowski, ARD Berlin\]](#)
- [▶ Weitere Video-Formate.](#)

Völlig ungelöst noch die Frage, wie die verschiedenen Tarifverträge mit unterschiedlichen Mindestlöhnen in der Praxis in Einklang gebracht werden können. Angst vor Dumpinglöhnen aus dem Ausland haben dagegen andere Arbeitgeberverbände. Nämlich wenn sich 2009 der deutsche Arbeitsmarkt vollständig auch für Osteuropäer öffnet.

Werner Stolz, Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e.V.: "Wir wissen, dass also sehr viele Firmen, Global Player, jetzt schon in den EU-Oststaaten Niederlassungen gegründet haben und nur darauf warten, dass es tatsächlich zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit kommt. Und Sie wissen, die Zeitarbeitsbranche findet in allen Wirtschaftsbranchen statt und ist halt von einigen leider Gottes auch als Instrument auserkoren, um einfach Standards in anderen Branchen zu unterlaufen."

Streit bei den Verbänden, Streit auch in der Großen Koalition. Als Verfechter des Mindestlohnes setzt die SPD auf Attacke. Die Union pariert. Wenn es nach ihr ginge, blieben Lohnuntergrenzen die Ausnahme. Das Kanzleramt kritisiert in diesem internen Brief den Gesetzentwurf des Arbeitsministers scharf: "...war nicht vereinbart, ...muss gestrichen werden, ...lehnen wir ausdrücklich ab." Das Fazit: "Solange die dargestellten Einwände nicht berücksichtigt und abgeänderte Gesetzentwürfe nicht vorgelegt worden sind, widersprechen wir weiterhin der Versendung der Gesetzentwürfe an Länder und Verbände."

Norbert Röttgen, CDU/CSU, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion: "Es darf nicht unter dem Deckmantel von Mindestlöhnen, die angeblich eingeführt werden sollen, in Wahrheit Wettbewerbsinteressen einzelner Unternehmen zu Lasten anderer Unternehmen gemacht werden."

Dem Arbeitsminister werfen Kritiker vor, für das gute Ziel von höheren Löhnen Stellenabbau in Kauf zu nehmen. Doch der selbsterklärte Freund der Zeitarbeitsbranche gibt sich kämpferisch.

Olaf Scholz, SPD, Bundesarbeitsminister: "Wenn manchen meinen, der Wettbewerb werde dadurch verzerrt, dass es nicht mehr in Ordnung ist, einem Arbeitnehmer nur 3,80 Euro als Lohn zu zahlen, dann ist da etwas mit dem Anstand und der Moral dieser Leute nicht in Ordnung."

Der Ton in der Koalition ist eisig, wenngleich beide Seiten versuchen, das Klima schön zu reden. Der Gesetzentwurf des Arbeitsministers ist nach wie vor in der Ressortabstimmung. Die Standpunkte sind unverändert. Bis zum Sommer will der Minister das Thema erledigen. Ohne den Segen der Union aber wird dieser Plan nicht gelingen.

-  [Zeitarbeits-Branche befeuert Mindestlohn-Streit \[Alex Jakobowski, ARD Berlin\]](#)